

---

**1203/A(E) XXIV. GP**

---

**Eingebracht am 07.07.2010**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Abgeordneten Musiol, Freundinnen und Freunde

betreffend Einführung eines „Papamonats“

Im Regierungsprogramm wird bereits in der Präambel festgehalten, dass Männer von heute ein anderes Rollenverständnis haben als Väter der Generation zuvor. Die Regierung möchte daher „den Weg der aktiven Vaterschaft unterstützen und auf ein modernes partnerschaftliches Rollenverständnis zwischen Müttern und Vätern hinwirken.“ (Präambel Regierungserklärung SPÖ/ÖVP)

Die konkrete Zielsetzung betreffend Väterbeteiligung lautet daher im Kapitel Familie des Regierungsprogramms:

„Väterbeteiligung: Entwicklung von Modellen zum Einbezug der Väter unmittelbar nach der Geburt mit den Zielsetzungen arbeits- und sozialrechtlicher sowie finanzieller Absicherung während dieser Zeit unter Einbindung der Sozialpartner.“

Das Ziel der Einführung eines Papamonats war am Beginn der Diskussionen um das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld noch Gegenstand der Verhandlungen. Die Vorschläge unterschiedlicher Akteure reichten von einem Urlaubsanspruch, einem Entgelt in der Höhe von 800 Euro, dem Vorziehen eines Kinderbetreuungsgeld-Monats bis zur Grünen Forderung nach vollem Einkommensersatz für vier Wochen.

Seit den Diskussionen im Rahmen des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgelds äußerte sich die Regierung zu ihrem Vorhaben nicht weiter. Anträge der Grünen zur Einführung des Papamonats wurden im Familienausschuss bislang vertagt.

Die Geburt eines Kindes bedeutet für Frauen noch immer einen massiven Einschnitt in die Erwerbskarriere. Frauen unterbrechen aufgrund einer Elternschaft die Erwerbsarbeit nicht nur, sondern sie nehmen eine Arbeit danach auch nur in reduziertem Ausmaß wieder auf. Auf Männer hat Elternschaft eine völlig andere Auswirkung. Männliche Biographien werden durch die Geburt eines Kindes nur unwesentlich beeinflusst. Das Arbeitspensum von Vätern steigt durch Familiengründung sogar an.

Die Einführung eines Papamonats wäre eine ideale Maßnahme, um Vätern den Anstoß zu geben, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Der Papamonat wäre eine wichtige Unterstützung für Jungfamilien. Es würde die Neuorganisation des Familienalltags nach der Geburt eines Kindes unterstützen, Frauen in den Wochen nach der Geburt entlasten und die Beziehung zwischen Vater und Kind stärken und Männern damit den Rahmen und die Chance geben, von Beginn an eine intensivere Beziehung zu ihren Kindern aufzubauen.

Im Zuge der parlamentarischen Enquete am 24. Juni 2010 zum Thema Obsorge und Besuchsrecht wurde die Frage der Beteiligung von Vätern an der Sorge- und Betreuungsarbeit in der Familie erneut diskutiert.

Frauenministerin Heinisch-Hosek argumentierte wie auch Abgeordnete der SPÖ, dass eine verpflichtende gemeinsame Obsorge nicht der gesellschaftlichen Realität entspricht und für diese erst in Frage kommt, wenn Männer die Hälfte der Familien- und Betreuungsarbeit übernehmen. Die Aufteilung der Betreuungspflichten in der Erziehung hätte sich, so die Ministerin, in den letzten 15 Jahren jedoch kaum geändert. Obwohl nun jedoch beide Elternteile Herausforderungen im Beruf zu bewältigen hätten, sei die Lebensrealität von einem großen Ungleichgewicht geprägt. (Vgl. Parlamentskorrespondenz/02/24.06.2010/Nr. 521)

Der Analyse der ungleichen Verteilung der Familien- und Hausarbeit zustimmend, wird sich aus Grüner Sicht ohne Zutun des Gesetzgebers am Ungleichgewicht zwischen Mann und Frau nichts (bzw. zu langsam) etwas ändern. Veränderungen können hier nur durch gezielte Anreize wie einem Papamonat oder durch individuelle Partnermonate im Kinderbetreuungsgeld erzielt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend wird aufgefordert, dem Nationalrat bis 31.12.2010 eine Regierungsvorlage betreffend die Einführung eines Papamonats vorzulegen.“

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Familienausschuss vorgeschlagen.*